

Globalisierung: Chancen und Herausforderungen für die Welt, Europa und Österreich – Zusammenfassung der 34. Volkswirtschaftlichen Tagung

Jürgen Janger,
Markus Knell,
Wolfgang Pointner

Die 34. Volkswirtschaftliche Tagung der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) am 22. und 23. Mai 2006 beschäftigte sich mit der Globalisierung und den mit dieser einhergehenden Chancen und Herausforderungen für die Welt, Europa und Österreich. Die Tagung hatte es sich zum Ziel gesetzt, die kurz- und längerfristigen wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Globalisierung aus verschiedenen Blickwinkeln zu beleuchten. Dabei sollte insbesondere ein konstruktiver, empirisch orientierter Beitrag zur Globalisierungsdebatte geleistet werden, die oftmals kontroversiell und emotional abläuft. Als Referenten und Diskutanten der Tagung fungierten höchstrangige Vertreter aus Zentralbanken, aus internationalen Organisationen sowie aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik.

Globophorie oder Globophobie?

In der Eröffnungsrede der Konferenz brachte der Gouverneur der OeNB, Klaus Liebscher, seine Überzeugung zum Ausdruck, dass die Globalisierung ein vielschichtiger Prozess ist, von dem zahlreiche positive Impulse ausgehen und der in Summe – für Österreich, Europa und für die Welt – Wohlstandszuwächse mit sich bringt. Dabei hat Österreich in besonderer Weise von der Globalisierung im Allgemeinen und der Ostöffnung im Besonderen profitiert, wie etwa der kontinuierliche Anstieg der Exportquote und der seit einigen Jahren beobachtbare Trend zur Aktivierung der österreichischen Leistungsbilanz unter Beweis stellen. In diesen Daten spiegelt sich nicht zuletzt auch der Erfolg der österreichischen Exportwirtschaft in den zentral- und osteuropäischen Ländern wider. Zugleich machte Liebscher deutlich, dass die Wirtschaftspolitik gefordert ist, notwendige Strukturanpassungen zu unterstützen und verwies dabei auf die besondere Bedeutung der Bildungspolitik. In diesem Bereich wäre es zunehmend notwendig, vorausschauend zu agieren, die Berufsbilder

und Qualifikationen der Zukunft frühzeitig zu erkennen und flexible Ausbildungsmöglichkeiten anzubieten. Solche Maßnahmen könnten auch dazu beitragen, die Kluft zwischen der in der Fachwelt vorherrschenden „Globophorie“ und der „Globophobie“, die breite Teile der Bevölkerung umfasst hält, zu überbrücken. Abschließend wies Gouverneur Liebscher darauf hin, dass im Zeitalter der Globalisierung eine stabilitätsorientierte, berechenbare und transparente Geldpolitik von besonderer Bedeutung ist: Ein makroökonomisch stabiles Umfeld ist eine wesentliche Voraussetzung, um die Vorzüge einer dynamischen Wirtschaft voll auszuschöpfen und Strukturanpassungen zu erleichtern. Liebscher betonte, dass die Gründung der Europäischen Währungsunion und die erfolgreiche Einführung des Euro wichtige Schritte waren, nicht nur für den europäischen Integrationsprozess, sondern auch für die Positionierung Europas in einer globalisierten Welt.

Aufschwung Europas würde auch der globalen Ökonomie helfen

Der Geschäftsführende Direktor des Internationalen Währungsfonds, *Rodrigo de Rato y Figaredo*, setzte sich in seinem Referat mit dem Zusammenhang von Globalisierung und Wirtschaftswachstum auseinander, wobei sein Hauptaugenmerk der europäischen Situation galt. Als primäres Risiko der gegenwärtigen globalen Ökonomie stellte Rodrigo de Rato neben den hohen und volatilen Erdölpreisen die ansteigenden globalen Ungleichgewichte dar. Dem erheblichen Leistungsbilanzdefizit der USA stehen nun schon seit einigen Jahren ebenso hohe Leistungsbilanzüberschüsse der Erdöl exportierenden Länder und der Schwellenländer Asiens gegenüber. Selbst wenn die europäischen Ökonomien mehr oder minder ausgeglichene Außenhandelsstrukturen aufweisen können, so sollten sie die globale Ungleichgewichtssituation dennoch im Auge behalten, da sich die Folgen der erwarteten Anpassungen in Wechselkursänderungen oder Exportausfällen niederschlagen dürften. Zusätzlich aber habe Europa auch selbst ökonomische Probleme – insbesondere eine Wachstumsschwäche und zu geringe Beschäftigung – die nach umfassenden Lösungen und Reformen verlangen. Durch wachstumsfördernde Maßnahmen könnte Europa dabei sowohl sich selber als auch die globale Ökonomie unterstützen. Rodrigo de Rato verwies dabei auf notwendige Reformen im Bereich der Produktmärkte, der Arbeitsmärkte, des Finanzsektors und der Fiskalpolitik. Reformen auf den Produktmärkten würden produktivitätssteigernd wirken, indem sie die Wettbewerbsintensität erhöhen, zu einem effizienteren Ressourcenein-

satz führen und als Innovationspeitsche fungieren. Insbesondere im Finanzsektor könnte ein stärkeres Ausmaß an Finanzmarktintegration den Wettbewerb verschärfen und dadurch die Kapitalkosten senken und die geldpolitische Transmission verbessern. Hinsichtlich der Arbeitsmarktreformen strich Direktor de Rato besonders die negative Rolle von Kündigungsschutz, einem niedrigen Pensionsantrittsalter und suboptimal ausgestalteten Arbeitslosenunterstützungen hervor. Sowohl Logik und Gerechtigkeitsinn erfordern, so Rodrigo de Rato, kreative Lösungen des europäischen Arbeitslosigkeitsproblems. Im Bereich der Fiskalpolitik ist eine nachhaltige Budgetpolitik geboten, die spätestens 2010 zu annähernd ausgeglichenen Haushalten führen sollte. Zuletzt betonte de Rato, dass es koordinierter internationaler Anstrengungen bedürfe, um die globalen Ungleichgewichte in Wachstum und Nachfrage wieder ins Lot zu bringen. Er wiederholte seine Überzeugung, dass Europa eine wichtige Rolle in diesen Anpassungsprozessen spielen könnte, wenn es durch erfolgreiche Reformschritte das eigene Wachstum und die eigene Nachfrage stärkt.

Nationale Finanzinstitutionen bleiben weiterhin bedeutsam

Malcolm Knight, Generaldirektor der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, analysierte in seinem Vortrag das Zusammenspiel von Globalisierung und Finanzmärkten. Ein zentrales Thema seiner Ausführungen galt dabei der Frage, ob nationale Finanzinstitutionen in einer globalisierten Ökonomie immer noch eine Rolle spielen. Anhand verschiedener Beispiele machte Malcolm Knight deutlich, dass zentrale Organisationsele-

mente einer Ökonomie, wie das Rechtssystem oder Bilanzierungs- und Publizitätsvorschriften, deren langfristige Wachstumsperspektiven beeinflussen. Die Bedeutung der ökonomischen Institutionen für die Anreizstruktur zeichnet auch zum Teil für den immer noch erheblichen „home bias“ (d. h., die Neigung von Investoren, mehr inländische Vermögenswerte in ihren Portfolios zu halten als eine effiziente Allokation nahe legt) in der globalisierten Finanzwelt verantwortlich. Die Beseitigung von Kapitalverkehrskontrollen muss allein noch nicht zu einer Zunahme der grenzüberschreitenden Kapitalflüsse führen, wenn Unsicherheit über die Durchsetzbarkeit von Verträgen besteht und „agency costs“ vorherrschen. Malcolm Knight schloss sein Referat mit dem Hinweis, dass die Ausgestaltung der nationalen und internationalen Institutionen auch den weiteren Fortgang der globalen Finanzmarktintegration wesentlich beeinflussen wird.

Euro trägt zur globalen Finanzmarktintegration bei

Otmar Issing, Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank, diskutierte die Rolle des Euro in der globalisierten Welt. Er begann seine Ausführungen mit der Bemerkung, dass die Gründung der Europäischen Währungsunion durchaus auch im Kontext der Globalisierung verstanden werden kann. In einer Welt mit freiem Kapitalverkehr ist ein System mit fixen Wechselkursen stets der Gefahr spekulativer Attacken ausgesetzt. Professor Issing widmete sich in der Folge den zunehmenden grenzüberschreitenden Finanztransaktionen. Diese Entwicklung könnte zur Folge haben, dass das Finanzsystem als Ganzes in höherem Ausmaß

von gemeinsamen Schocks betroffen ist. Andererseits kann Finanzmarktintegration auch die Risiken der globalen Ökonomie verringern, indem es zu einer besseren Diversifikation führt. Daten über die Portfolioumschichtungen in den Jahren von 1997 bis 2001 deuten darauf hin, dass tatsächlich solch internationale Diversifikationsbestrebungen den beobachteten Änderungen zugrunde liegen. Zugleich wies Issing aber auch darauf hin, dass international im Aktien- sowie im Anleihensektor immer noch ein erheblicher „home bias“ vorhanden ist, der nur langsam zurückgeht. Innerhalb des Euroraums ließ sich seit 1997 allerdings ein erheblicher Rückgang im „home bias“ feststellen, was den positiven Beitrag der Währungsunion für die Finanzmarktintegration unterstreicht. Zum Abschluss seiner Ausführungen betonte Professor Issing, dass es der Europäischen Zentralbank gelungen ist, trotz aller Schocks, die seit 1999 eingetreten sind, die Inflationserwartungen stabil zu halten und die Preisstabilität zu garantieren. Diese interne Stabilität habe gemeinsam mit der durch die Globalisierung erleichterte internationale Portfoliodiversifikation dazu beigetragen, den Euroraum vor möglichen spekulativen Attacken zu bewahren. Zugleich müssten aber auch Anpassungen auf den Produkt- und Arbeitsmärkten erfolgen, damit die europäischen Länder die positiven Chancen der Globalisierung in vollem Umfang wahrnehmen können.

Im Anschluss wurde durch Direktor *Josef Christl* der Klaus-Liebscher-Preis für wissenschaftliche Arbeiten auf dem Gebiet der Währungsunion und der Europäischen Integration vergeben. Die Übergabe wurde von *Ingrid Thurnher*, ORF, moderiert; der Preis ging in diesem Jahr an *Petra*

Geraats, Universität Cambridge, für ihre Arbeit zur optimalen Kommunikationsstrategie von Notenbanken und *Marek Jarocinski*, Universität Pompeu Fabra, Barcelona, für seine Analyse der Effekte von Geldpolitik in den neuen Mitgliedstaaten der EU.

Nicht Globalisierung, sondern Provinzialisierung ist die eigentliche Gefahr

Bundeskanzler *Wolfgang Schäussel* wies in seiner Ansprache darauf hin, dass Globalisierung einfach eine Realität ist, die stattfindet, ob man das nun wahrhaben wolle oder nicht. Zugleich machte er deutlich, dass man durch die richtigen Veränderungen (Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie in Bildung) die Chancen der Globalisierung voll nutzen kann. In Europa könne man zurzeit eine „Globalisierung im Kleinen“ beobachten, bei der die neuen Mitgliedstaaten einen rasanten Aufholprozess durchlaufen, der zu einer Win-win-Situation geführt hat, gerade auch für Österreich. Die eigentliche Gefahr in Europa, so Bundeskanzler Schäussel, besteht nicht in der Globalisierung, sondern in der Provinzialisierung. Die Ursachen, warum weite Teile Europas nun schon seit Jahren ihr Wachstumspotenzial nicht ausschöpfen können, hängen unter anderem mit folgenden Faktoren zusammen: Korsette auf den Arbeitsmärkten, Mangel der Innovationsfähigkeit und der Forschung, ein zu wenig unternehmensfreundliches Wirtschaftsklima, ein noch nicht voll entwickelter Binnenmarkt und eine ausbaufähige wirtschaftspolitische Koordinierung der einzelnen Mitgliedstaaten. Im Rahmen der Lissabon-Strategie wird allerdings versucht, diese Probleme zu bewältigen. Zum Abschluss seines Referats sprach Bundeskanzler

Schüssel über die Zukunft des Verfassungsvertrags und die Notwendigkeit einer gesamteuropäischen Energiepolitik.

Globalisierung aus historischer Perspektive: Parallelen zum 19. Jahrhundert

Alan M. Taylor, London Business School, unterlegte die Diskussion über den steigenden Globalisierungsgrad, insbesondere der Kapitalmärkte, seit den Achtzigerjahren mit einem Vergleich der wirtschaftlichen Integration im Zeitraum von 1870 bis 1913. Daraus leitete er zunächst ab, dass sich die gegenwärtig intensivierende Verflechtung in ähnlichem Ausmaß bereits ein Jahrhundert zuvor beobachten ließ, durch die Weltwirtschaftskrise und die beiden Weltkriege aber auf ein Minimum reduziert wurde und somit ein Muster nach Form des Buchstabens „U“ vorliegt. Zum Unterschied zu damals fließen ausländische Direktinvestitionen heute überwiegend zwischen bereits entwickelten Ländern. Kapital sollte theoretisch aber in Länder fließen, die noch von niedrigem Kapitaleinsatz im Verhältnis zur verfügbaren Arbeitsleistung gekennzeichnet sind und wo dementsprechend hohe Renditen erzielt werden können (Lucas-Paradox). Dies liegt teils in der historischen Kolonialrolle des Vereinigten Königreichs begründet, die vorherrschende institutionelle Differenzen als Investitionsbarriere zwischen armen und reichen Ländern im 19. Jahrhundert überdeckte. Einen weiteren Erklärungsbeitrag leistet das Niveau der Gesamtfaktorproduktivität, die in entwickelten Ländern weiterhin einen rentablen Kapitaleinsatz ermöglicht. Seit den Finanzkrisen der Neunzigerjahre ist eine zusätzliche

besondere Entwicklung zu beobachten: Kapital fließt von den Entwicklungsländern in die OECD-Länder. Dies erklärt sich aus dem Aufbau von Devisenreserven zur Vermeidung von Währungskrisen in der Zukunft, was Taylor zur zweiten Einsicht aus seinem geschichtlichen Vergleich führte. Globalisierte Kapitalmärkte wirken als Einschränkung der nationalen Wirtschaftspolitik, die das so genannte Trilemma berücksichtigen muss: Geldpolitische Autonomie ist bei gleichzeitig fixiertem Wechselkurs und offenen Kapitalmärkten unmöglich. Entweder schwankt der Wechselkurs frei oder Kapitalkontrollen behindern die internationale Zinsarbitrage. Alle Währungskrisen folgen aus der Verweigerung, die Geldpolitik diesen Schranken zu unterwerfen.

Kapitalmarktöffnung armer Länder mit Vorsicht handhaben

Aus dem Trilemma und dem Lucas-Paradox analysiert Taylor, dass die Kosten und die Risiken offener Kapitalmärkte für arme Länder hoch sind, während der Nutzen gering ist, da grenzüberschreitende Investitionen weiterhin vorwiegend in entwickelten Ländern getätigt werden. Eine universal gültige Empfehlung zur Öffnung der Kapitalmärkte ist daher in armen Ländern fehlgeleitet. Aufstrebende Länder, wie z. B. China, gehen dagegen bei einer Kapitalmarktöffnung niedrigere Risiken ein und sind in der Lage, von internationalen Investitionsflüssen zu profitieren. Eine empirische Übersicht über Kapitalkontrollen bestätigt, dass die einzelnen Länder dies sehr wohl berücksichtigen: Arme Länder zeichnen sich weiterhin durch relativ strenge Kapitalkontrollen aus. Länder, die im

Entwicklungsprozess schon weiter fortgeschritten sind, ziehen eine Öffnung der Kapitalmärkte in Erwägung. Abschließend äußerte Taylor die Hoffnung, dass sich alle Länder institutionell verbessern würden und die Einschätzung, dass die Globalisierung wohl weitergehen würde, da ein weiterer Rückschlag von der Dimension zweier Weltkriege und einer Weltwirtschaftskrise unwahrscheinlich sei. Spezifisch auf Europa eingehend, sprach sich Taylor für eine Umschichtung der Agrarsubventionen in Richtung Universitäten aus. Mit diesen Mitteln könnte Europa seiner Berechnung nach 25 Universitäten mit der gleichen Ausstattung der Universität Harvard finanzieren. Entsprechend forderte er auch Fortschritte bei der gegenwärtigen Doha-Verhandlungsrunde zur weiteren Liberalisierung des Welthandels ein.

Europas Wachstumsschwäche nicht durch Globalisierung verursacht, aber proaktive Wirtschaftspolitik notwendig

An der anschließenden Paneldiskussion nahmen zusätzlich zu Alan Taylor *Karl Aiginger*, Leiter des WIFO, *Christian de Boissieu*, Präsident des Sachverständigenrats des französischen Premierministers, *Heiner Flassbeck*, Abteilungsdirektor der UNCTAD sowie *Dennis Snower*, Vorsteher des Instituts für Weltwirtschaft, Kiel, teil.

Aiginger brachte einen Überblicksurvey, in dem er auf Vor- und Nachteile der Globalisierung, Auswirkungen auf die Wirtschaftspolitik und die Rolle der Globalisierung für Österreich einging. Globalisierung ist seiner Meinung nach eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für Wirtschaftswachstum. Dieses erfordert zusätzlich politische

und makroökonomische Stabilität, Investitionen in Forschung und Entwicklung, Humankapital, Lebenslanges Lernen, Infrastruktur und ein verlässliches Rechtssystem. Globalisierung macht Wirtschaftspolitik sogar wichtiger als bisher, ein proaktiver Ansatz, der sich auf die Verstärkung positiver Externalitäten konzentriert und auf Subventionen verzichtet, ist zur Bewältigung des beschleunigten Wandels und zur Schaffung einer *Win-win*-Situation notwendig. Die Verhinderung der Globalisierung erzeugt dagegen eine *Lose-lose*-Situation. Für entwickelte Länder sind Nachteile aus der Globalisierung unwahrscheinlich, aber möglich. Nachteile können sich zeitlich vor den Vorteilen einstellen und auf Gruppen konzentrieren, die über ein höheres politisches Gewicht als Globalisierungsgewinner verfügen. Für ärmere Länder sind Globalisierungsnachteile eher wahrscheinlich, diese können aber durch die Hilfe internationaler Organisationen und angemessene nationale Wirtschaftspolitik ausgeglichen werden. Die Globalisierung ist nicht für das langsame Wirtschaftswachstum in Europa verantwortlich, bisher hat sich Europa gut geschlagen und z. B. seinen Anteil am Weltexportmarkt gehalten.

De Boissieu forderte zur Anpassung an die Globalisierung angebotsorientierte Strukturreformen in Europa ein. Die demographischen Perspektiven sollten über eine konsistente Immigrationspolitik verbessert werden, das Arbeitsangebot über eine Erhöhung des effektiven Pensionsantrittsalters und eine Reduktion der Jugendarbeitslosigkeit. Statt Lohndeflation sollte das Produktivitätswachstum beschleunigt werden, die Lissabon-Strategie sei dafür das richtige Instrument. Das Ziel für die

F&E-Quote sei enorm wichtig, auch die Förderung des Wachstums kleinerer Unternehmen. Dabei sollte man sich nicht nur auf den Markt verlassen, auch die USA verzeichneten mit Interventionismus, z. B. in Gestalt des Small Business Act aus dem Jahr 1953, Erfolge. Schließlich sei eine weitere Integration der Finanzdienstleistungen in Europa notwendig, im Bereich Arbeitsmarkt lohne der Blick nach Skandinavien (Schlagwort *Flexicurity*).

Auch *Flassbeck* wandte sich gegen Lohndeflation zur Beeinflussung des realen Wechselkurses, die er als Überanpassung an die Globalisierung und generell als wirtschaftspolitischen Fehler kritisierte. Es sei ein Paradox, dass Länder, wie das Vereinigte Königreich und die USA, im Wege großer Handelsdefizite effektiv viel stärker unter der Globalisierung litten als z. B. Deutschland mit einem großen Handelsüberschuss; die öffentliche Wahrnehmung aber genau umgekehrt sei. Deutschland sollte sein Produktivitätswachstum verstärkt für erhöhten Konsum nutzen. *Flassbeck* sprach sich abschließend für ein internationales Wechselkurssystem aus, das Lohnkosten und Produktivität eines Landes in Einklang bringen und so aktuelle Fehlentwicklungen, wie den Aufbau großer Devisenreserven seitens der Entwicklungsländer, verhindern könnte. Jede Handelspolitik sei ohne monetäre Stabilität wirkungslos.

Snower erachtete die Veränderung der internationalen Arbeitsteilung als wichtigstes Phänomen der Globalisierung. Ob es dabei zu Gewinnern oder Verlierern kommt, hänge von zwei Bedingungen ab: Ob sich die Arbeitskräfte unterschiedlicher Länder ergänzten oder konkurrierten und wie leicht es wäre, den Nachteilen der

Globalisierung auszuweichen (z. B. indem es Anreize und Unterstützung für den Wechsel aus stagnierenden in wachsende Sektoren gäbe). Wie Aiginger sprach er der nationalen Wirtschaftspolitik eine wichtige Rolle in der Bewältigung der Globalisierung zu. Maßnahmen, die die Anpassung verhinderten statt erleichterten, führten nur dazu, dass noch mehr Menschen zu Gegnern der Globalisierung würden, eben weil sie aufgrund der politisch verunmöglichten Anpassung schlechter gestellt wären. Europa insgesamt hätte kein Problem, sehr wohl aber Frankreich, Deutschland und Italien. Protektionismus sei keine Antwort, relative Vorteile sollten nicht durch Regierungen, sondern durch den Markt festgelegt werden. Das natürliche und menschliche Bedürfnis nach materieller Sicherheit sollte nicht auf Kosten von, sondern mithilfe von Flexibilität befriedigt werden.

Der Bundesminister für Finanzen, *Karl-Heinz Grasser*, sprach zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragestellungen im Zusammenhang mit der österreichischen Ratspräsidentschaft. Es sei gelungen, wieder mehr Optimismus in der EU und eine Verbesserung der Atmosphäre zu erzeugen. Globalisierung sollte als Chance begriffen werden. Grasser äußerte sich grundsätzlich positiv zum neuen Lissabon-Prozess, in der Hoffnung, dass die nationalen Reformprogramme tatsächlich zu einer Umsetzungsverbesserung beitragen würden. Der Fokus liege auf Wachstum und Beschäftigung, auf der Reduktion der Arbeitslosigkeit und der Verwaltungskosten sowie auf einer stabilitätsorientierten Fiskalpolitik. Der Aufschwung sollte für strukturelle Reformen und die Konsolidierung der Staatsfinanzen genutzt werden.

Auch Österreich müsse konsequent weiter reformieren. Die Bundesregierung sei überzeugt von Flexibilisierung, Deregulierung und Privatisierung. Erhöhter Wettbewerb und Wettbewerbsfähigkeit sei zur Sicherung der Sozialstandards notwendig. Konkrete Ziele seien z. B., bis Ende 2007 die Unternehmensgründung innerhalb einer Woche zu ermöglichen und binnen sechs Monaten jedem arbeitslosen Schulabgänger eine Ausbildungsstelle oder Arbeitsstelle zu garantieren.

Wirtschaftspolitische Herausforderungen durch globale Integration

Robert Holzmann, Weltbank, begann seine Ausführungen zum Thema „Globalization, Integration, Demography, and Austria“ mit der Beobachtung, dass die Anzahl der Menschen, die von weniger als einem US-Dollar am Tag leben müssen, in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen ist und sich nach den Projektionen der Weltbank weiter reduzieren wird. Diese Verringerung von Armut ist auch auf die wachstumsfördernden Effekte der Globalisierung zurückzuführen. Der Prozess der Globalisierung verläuft dabei hauptsächlich über den Handel mit Waren und Dienstleistungen, die Integration der Finanzmärkte, Migration sowie Kommunikations- und Informationsflüsse und produziert nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer. Die Verteilung der Erträge aus der zunehmenden internationalen Arbeitsteilung hängt dabei wesentlich von der jeweiligen nationalen Politikausrichtung ab. Holzmann betonte, dass arbeitsrechtliche Normen und Sozialstandards durch die Globalisierung nicht zwangsläufig erodieren müssten, sondern ihre Aufrechterhaltung

aus Effizienzgründen auch im Interesse der Unternehmen sein könne.

Die Teilnahme neuer Staaten auf dem Weltmarkt hat das effektive globale Arbeitsangebot seit 1990 verdoppelt, dadurch hat die relative Knappheit des Faktors Kapital entsprechend zugenommen. Als Nutznießer dieser Situation identifiziert Holzmann die Arbeiter in den Staaten, die sich erst jüngst für die Globalisierung geöffnet haben, sowie Kapitaleigner weltweit. Arbeitnehmer in weniger entwickelten Ländern, die schon länger am Weltmarkt partizipieren, wie etwa Mexiko oder die Türkei, sieht er in einer Zwickmühle, da sie in ihrer bisherigen Rolle in der internationalen Arbeitsteilung als Produzenten arbeitsintensiver Güter mit geringem Technologiegehalt der Konkurrenz der neuen Weltmarktteilnehmer, die ein noch geringeres Lohnniveau aufweisen, ausgesetzt sind und damit ihre bisherige Wachstumsstrategie nicht fortsetzen können.

Probleme in der Integration ortet Holzmann eher auf der europäischen Ebene, da Österreich sowohl durch seinen EU-Beitritt als auch durch die letzte EU-Erweiterungsrunde klar profitiert hat. Die EU hat hingegen ihre Möglichkeiten nicht voll ausgeschöpft, was für Holzmann beispielsweise an der fehlenden gemeinschaftlichen Dimension der Lissabon-Agenda deutlich wird.

Die demographischen Projektionen der Weltbank zeigen, dass das Arbeitskräftepotenzial in Österreich unter der Annahme, dass es zu keiner Zuwanderung kommt, in den Jahren bis 2050 signifikant zurückgehen wird. Durch eine Erhöhung der Partizipationsrate in Österreich auf das gegenwärtig höchste Niveau innerhalb der EU, ein Gleichziehen der

Arbeitsmarktpartizipation von Frauen mit jener von Männern und eine deutliche Verlängerung der Lebensarbeitszeit könnte die Reduktion des Arbeitskräftepotenzials mehr als kompensiert werden.

Um für die skizzierten Herausforderungen optimal vorbereitet zu sein, empfiehlt Holzmann die strategische Positionierung in drei Bereichen auszubauen: Im Bildungsbereich, wo neben einer verstärkten privaten Finanzierung im Hochschulsektor auch das Lebenslange Lernen mehr gefördert werden sollte, im Gesundheitswesen, das stärker auf eine Verlängerung der Arbeitsfähigkeit im Alter abzielen sollte, und in der Auswahl von Branchen, in denen inländische Unternehmen über Wettbewerbsvorteile verfügen. Bei all diesen Aufgaben sieht Holzmann eine Rolle für die Sozialpartner, die sich seiner Meinung nach in Österreich in den letzten Jahren nicht proaktiv verhalten haben.

Globalisierung fair gestalten als wichtigstes Ziel der österreichischen Wirtschaftspolitik

In der folgenden von Direktor *Josef Christl*, OeNB, geleiteten Panel-Diskussion legte Wirtschaftsminister *Martin Bartenstein* dar, dass die Globalisierung wesentlich von dem Zusammenspiel aus technischem Fortschritt (v. a. im Informations- und Kommunikationssektor), der Liberalisierung des Welthandels sowie dem „gewaltigen addendum“ der Teilnahme Chinas und Indiens am Welthandel geprägt sei. Österreich als kleine, offene Volkswirtschaft konnte bisher von der Globalisierung profitieren und den Anteil seiner Warenexporte am BIP deutlich steigern. Dies sei nicht nur auf die erfolg-

reiche Integration innerhalb Europas zurückzuführen, da österreichische Exporte in andere europäische Staaten in vielen Fällen als Vorleistungen für Welthandelsgüter verwendet würden. Die sozialen Sicherungssysteme behindern den globalen Wettbewerb nicht, sondern sind vielmehr eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Teilnahme an der Globalisierung. Bartenstein sieht Österreich in diesem Zusammenhang in einer Reihe mit den skandinavischen Ländern, die ein hohes Maß an sozialer Sicherung mit der notwendigen Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt verbinden.

ÖGB-Präsident *Rudolf Hundstorfer* erklärte, dass den Gewerkschaften nicht daran gelegen sei, die Globalisierung zurückzudrehen, sondern sie fair zu gestalten. Eine wesentliche Aufgabe sah er in der Stärkung der Binnennachfrage. Nur durch aktives Gegensteuern der Regierung könnten die zur Reduktion der Arbeitslosigkeit erforderlichen Wachstumsraten erzielt werden. Bestehende Arbeitszeitmodelle würden den exportorientierten Unternehmen bereits jetzt die erforderliche Flexibilität einräumen, die Gewerkschaften seien in diesem Punkt immer kompromissbereit gewesen. Einer Abschaffung von Überstundenentgelten erteilte Hundstorfer in diesem Zusammenhang aber eine klare Absage.

Christoph Leitl, der Präsident der Wirtschaftskammer Österreich, betonte den hohen Anteil der Exporte am österreichischen BIP und die daraus resultierende Bedeutung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, zu deren Hebung er eine Flexibilisierung der Arbeitszeit durch Jahresberechnung vorschlug. Die hohen Sozial- und Umweltstandards könnten auf Dauer nicht mit geringem Wachs-

tum gehalten werden. Europäische Firmen können nicht erfolgreich aus einem Kostenwettbewerb mit Konkurrenten in Schwellenländern hervorgehen, aber auch die Fokussierung auf Spitzentechnologien in der Produktion sei zu wenig, da Länder wie Indien oder Brasilien bereits gut in diesem Marktsegment vertreten seien. Wichtig sei es daher vor allem, die Umsetzung von Innovationen zu beschleunigen und weitere Reformen in der Bildungs- und der Arbeitsmarktpolitik durchzuführen. Auf Leitls Forderung, die europäische Geldpolitik möge neben der Preisstabilität auch andere Ziele in ihrer Entscheidungsfindung berücksichtigen, erwiderte Direktor Christl, die Gewährleistung von Preisstabilität sei der beste Beitrag zum Wachstum im Euroraum.

Die negative Einstellung vieler Menschen zur Globalisierung begründete *Maria Kubitschek*, die Leiterin des Bereichs Wirtschaft in der Arbeiterkammer Wien, damit, dass oft Verschlechterungen von sozialen Standards mit der zunehmenden internationalen Integration motiviert würden. Trotz der gestiegenen Wettbewerbsfähigkeit hat sich die Arbeitslosenquote nicht verringert. Der Exportboom hat kaum Arbeitsplatzeffekte, ist aber durch geringe Reallohnzuwächse trotz steigender Produktivität erkaufte worden, was wiederum die Binnennachfrage schwächt. Die steigende Arbeitslosigkeit führt zu „Angstsparen“, das ebenfalls den privaten Konsum verringert. Der Rückgang der Lohnquote bei gleichzeitigem Anstieg der Profite zeigt auch, wie Gewinner und Verlierer der Globalisierung in Österreich verteilt sind. Kubitschek forderte daher eine Entlastung der niedrigen Haushaltseinkommen, höhere öffentliche

Investitionen und eine Eindämmung des internationalen Steuerwettbewerbs.

Markus Beyrer, der Generalsekretär der Industriellenvereinigung, sieht Österreich als klaren Globalisierungsgewinner. Nur Unternehmen, die erfolgreich internationalisiert haben, können sich hohe Lohnabschlüsse leisten. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist von einer Rekordbeschäftigung geprägt, die nur langsam zu einer Verringerung der Arbeitslosigkeit führt. Dies ist vor allem auf Sonderfaktoren zurückzuführen, wie den Zustrom deutscher Arbeitsloser auf den österreichischen Arbeitsmarkt oder die steigende Partizipation von Frauen. Durch die Exporterfolge der Industrie werden Arbeitsplätze geschaffen, auch die Beschäftigten der inländischen Zulieferbetriebe exportorientierter Leitunternehmen sind hier zu berücksichtigen. Die Arbeitszeitflexibilität ist für *Beyrer* in Österreich zufrieden stellend, die negative Einstellung zur Globalisierung oder zur EU könnte sich aber zu einem negativen Standortfaktor entwickeln.

Für *Bernhard Felderer*, den Direktor des Instituts für Höhere Studien und Wissenschaftliche Forschung, ist die Globalisierung ein Resultat der gesunkenen Transport- und Informationskosten und nicht das Ergebnis politischer Entscheidungen. Es ist möglich, sich diesem Prozess zu verweigern, allerdings müssen dadurch

erhebliche Wohlfahrtskosten in Kauf genommen werden. Die Technologieimitation und die Nichtbeachtung von Markenrechten in bestimmten Schwellenländern benachteiligen europäische Unternehmen. Der Wettbewerbsvorteil niedriger Lohnkosten wird in allen Regionen abnehmen, einige osteuropäische Metropolen haben sich im Lohn- und Preisniveau schon deutlich an Österreich angenähert. In Südchina herrscht bereits Vollbeschäftigung und die dortige Arbeitskräfteknappheit wird mittel- bis langfristig zu Lohnsteigerungen führen. Den Rückgang der Lohnquote in Österreich begründete *Felderer* damit, dass die Unternehmen in der Vergangenheit große Investitionen getätigt haben, für die sie jetzt entsprechende Renditen in Form hoher Gewinne erhalten.

Die anschließende Diskussion wurde unter reger Publikumsbeteiligung geführt und konzentrierte sich auf die Arbeitsmarkteffekte der Globalisierung. *Helmut Frisch* (Technische Universität Wien) wies darauf hin, dass ein steigender Prozentsatz von Jugendlichen ohne Schulabschluss bliebe und damit zu einer Erhöhung der strukturellen Arbeitslosigkeit führe. Der Vorschlag von *Robert Holzmann*, Weiterbildungsmaßnahmen zum Bestandteil von Kollektivvertragsverhandlungen zu machen, stieß bei *Christoph Leitl* auf große Zustimmung.